

Ergebnisprotokoll der Mehr Demokratie-Landesmitgliederversammlung vom 30. 11. 2019 in Düsseldorf

Versammlungsleitung: Nicola Quarz, Achim Wölfel

Protokoll: Amun Ahmadiar

Teil 1

A. Begrüßung und Formalia

- Revue: Aktionscamp „Kumulieren und Panaschieren“ 2007 am Veranstaltungsort sowie Volksbegehren 2008 in Thüringen
- Vorstellung Team Landesbüro NRW
- Vorschlag für Moderation: Achim Wölfel und Nicola Quarz; Zustimmung
- Vorschlag Protokollführung: Amun Ahmadiar; Zustimmung
- Feststellung der Beschlussfähigkeit der Versammlung
- Hinweis auf Fotoaufnahmen und Videostream

B. Bericht des Geschäftsführers NRW

I. Landespolitik

- Erfolg: Einführung der Möglichkeit der Vorprüfung von Bürgerbegehren
- Kritik: Stichwahl bei Oberbürgermeisterwahlen abgeschafft

II. European Public Sphere zusammen mit Democracy International

III. Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie zusammen mit Democracy International – Förderung durch die Stadt Köln

IV. Neues Büro (Gürzenichstr., Köln-Heumarkt); bisherige Vortragsveranstaltungen

V. Finanzen und Mitgliederzahlen

VI. Kommunalwahlen 2020

- Rolle der (abgeschafften) Stichwahl
- Bürgerbeteiligungsportal CONSUL
- Informationsfreiheit und Bündnis „NRW blickt durch“

- Fakultatives Referendum

C. Anmerkungen und Fragen

I. Gemeinnützigkeitsstatus (Fall „attac“) und Gesetzeslage in Zukunft?

- MD: Zurzeit rechtlich abgesichert; Gemeinsame Interessenvertretung aktiv, um bessere Situation herzustellen
- Ergänzung aus dem Publikum: MD Bonn und Attac Veranstaltung im Frühjahr 2020 geplant

II. Kosten und bisherige Nutzungsmöglichkeiten von CONSUL?

- Kostenlos; Internationale Vorbilder wie Madrid und Barcelona

III. Transparenzgesetz und Verhältnis zum IFG NRW; Verbesserung? Erweiterung?

- MD: Bessere Verfügbarkeit der Daten für Bürger und auch für Verwaltung
- Positive Erfahrungen in Hamburg
- Klarere Regelung der Pflichten und Ausnahmen

IV. Kooperationsmöglichkeiten zwischen Initiativenhaus und sonstigen Einrichtungen wie Allerweltshaus oder Alte Feuerwache; Gefahr oder Konkurrenz?

- MD: Kommunikationsprozess mit anderen Einrichtungen läuft, um sich auch thematisch abzustimmen

D. Wahl des Wahlvorstands

- Vorschlag: Achim Wölfel; Lucas Rosenthal; Andreas Müller
- Zustimmung

E. Vortrag von Ralf Uwe Beck (Fakultative Referenden)

- Defizite der aktuell gelebten Demokratie in Deutschland (Individueller Bedeutungsverlust der Wahlen)
- Das Instrument fakultativer Referenden in der Schweiz
- Direktdemokratische Elemente in den deutschen Bundesländern
- Bisherige parteipolitische Vorstöße zum Thema Direkte Demokratie (Sachsen; Thüringen)
- Aktuelle Entwicklungen und Ausblick
- Einzelheiten (Anmeldefristen? Dringlichkeitsklauseln? Alternativentwürfe?)

F. Fragerunde und Diskussion

- Bürgerrat als zusätzliches Instrument, bspw. im Vorfeld von Volksentscheiden?
- Praktische Hürden bei Sammlung von Unterschriften (Bspw. Zusammenarbeit mit der Verwaltung; Stimmenregistrierung)?
- Einwand: „Unterschiede zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit“; Schweizer Verfassungsgeschichte und -system auf Deutschland uneingeschränkt übertragbar?; Frage, ob direktdemokratische Elemente aktuelle Defizite politischen Handelns beseitigen können; Aw Beck: Volkseinwand als Ergänzung und Versuch, nicht Allheilmittel
- Anmerkung: Teilweise problematische Besetzung des Volksbegriffs im aktuellen Deutschland; Umgang mit Rechtspopulismus; Abgrenzung von AfD-Programmatik; Aw Beck: Eindeutige Unterschiede erkennbar, bspw. Gesetzesentwurf der AfD
- Beck: „Wir müssen die Schweiz nicht kopieren, sondern nur kopieren!“. Bsp.: Erweiterung um GG-Konformitätsprüfung von Begehren
- Praktische Erfolge von MD, bspw. Bayern zeigen: Engagement langfristig wirksam!
- Volkseinwand als „passiver“ Antrieb für das Parlament bei seiner Arbeit; Notfallinstrument, kein Ersatzinstrument
- Umsetzung auf kommunaler Ebene? Aw: Schon geschehen!

G. Antrag 1: Fakultative Referenden einführen

I. Antrag

- 1000 (auch digitale) Unterschriften in 4 Monaten: Aufschub des Gesetzes
- Bei Erfolg: Sechs-Monatsfrist für Quorum, Vorschlag 1 %

II. Wortmeldungen

- Trennheuser: Widerspruch bzgl. Digitaler Unterschriften, lieber als eigenen Antrag

- Trennheuser: Vorschlag: 2% Quorum
- Vorschlag zur Anmeldestufe: Herabstufung der Vier-Monatsfrist auf vier Wochen

III. **Änderungsanträge:**

- Ergänzung des Entwurfs um Fußnote: „Eine digitale Unterschriftensammlung sollte geprüft werden“ **(Ergebnis: Ja)**
- Änderung von „Quorum von 2-3% in „Quorum von 2% für ausreichend“ **(Ergebnis: Ja)**
- „vier Monate“ durch „vier Wochen“ ersetzen **(Ergebnis: Ja)**
- Sechs-Monatsfrist für Inkrafttreten von Gesetzen absenken auf 100 Tage **(Ergebnis: Ja)**
- Formulierung: „Kommen binnen 4 Wochen 1000 Unterschriften zusammen, greift die 100 Tagesfrist.“ **(Ergebnis: Ja)**
- Forderung umändern in: „Einführung des Volkseinwands (Fakultatives Refrendum)“ **(Ergebnis: Ja)**

IV. **Gesamtabstimmung zu Antrag 1: Einstimmige Annahme**

Teil 2

A. Vortrag von Carl Andersson (Rangfolgewahlen)

- Debatte zwischen CDU- und SPD-Fraktion
- Verschiedene Formen von Rangfolgeverfahren und Beispiele in anderen Ländern
- Verschiedene Formen der Stimmenausrwertung, insb. Integrierte Stichwahl
- Bsp.: Bürgermeisterwahlen in Vermont, USA; Wer genießt stärkste demokratische Legitimation?
- Bsp.: Letzte Bürgermeisterwahlen in Görlitz, Deutschland
- Qualitätskriterien für Wahlverfahren? Strategisches Abstimmungsverhalten gewünscht?
- Condorcet-Verfahren: Einfluss der Zweitstimme auf Parteien mit relativer Mehrheit; höhere demokratische Legitimation?

B. Fragerunde und Diskussion

- Kommentar: Bürgermeisterwahl weniger durch parteipolitische Faktoren beeinflusst als bspw. Bundeswahlen; Programm mehr im Vordergrund
- Kommentar: Einstimmige Wahl führt zu Informationsverlust (Sympathie mit Alternativkandidaten)
- Aw Andersson: Langjährige Erfahrung in bspw. Australien mit Prioritätensetzung auf Wahlzetteln
- Kommentar: Wahl mit paarweisen Vergleichen (Condorcet) bildet reale Prioritäten besser ab
- Anmerkung zum aktuellen Organstreitverfahren in NRW wegen Abschaffung der Stichwahl: Urteil des VGH Ende Dezember 2019 zu erwarten

C. **Antrag 2: Einführung der Rangfolgewahl bei Bürgermeister-, Oberbürgermeisterwahl- und Landratswahlen in NRW**

- Wortmeldung: Überforderung des Wählers bei komplizierterem Stimmwahlsystem?
- Aw Andersson: Positive Erfahrungen aus den USA sprechen für das Gegenteil
- **Gesamtabstimmung zu Antrag 2: Überwiegende Zustimmung**

D. Punkt „Sonstiges“: Hinweis auf BMV in FFM (Mai 2020); Danksagung; ...